



Rahmenvertrag für die Erbringung von Informatikdienstleistungen

basierend auf der Vergabe der öffentlichen Ausschreibung

(21098) 104 QRM-22

Publiziert auf der Plattform www.simap.ch (Nr. am *Datum auswählen*)

Abgeschlossen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelnd durch:

Bundesamt für Bauten und Logistik BBL
Fellerstrasse 21
3003 Bern

Nachstehend bezeichnet mit "Beschaffungsstelle"

für die

Schweizerische Bundeskanzlei BK
Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI
Schwarztorstrasse 53
3003 Bern

Nachstehend bezeichnet mit "Bedarfsstelle", gemeinsam nachstehend je einzeln oder zusammen „Vergabestelle“

und der Unternehmung

Genaue Firmenbezeichnung eingeben
Adresse eingeben
PLZ/Ort eingeben

Nachstehend bezeichnet mit "Firma"

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele	3
2	Vertragsgegenstand	3
3	Vertragsbestandteile	3
4	Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen.....	4
5	Leistungen der Firma	4
5.1	Leistungsbeschreibung.....	4
5.2	Prozess des Abrufverfahrens.....	4
6	Qualitätssicherung	6
7	Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle	6
8	Schlüsselpersonen	6
9	Eskalationsverfahren	6
10	Change Management (Leistungsänderungen)	7
11	Erfüllungsort	7
12	Termine	7
13	Vergütung	8
14	Rechnungstellung / Zahlungsplan	8
15	Sozialversicherungen.....	9
16	Konventionalstrafen	9
17	Schutzrechte	9
18	Gewährleistung und Haftung.....	9
19	Weitere Bestimmungen	9
19.1	Integritätsklausel	9
19.2	Selbstdeklaration.....	10
19.3	Personensicherheitsprüfung.....	10
19.4	Subunternehmer	10
19.5	Sonstige Bestimmungen	10
19.6	Offenlegungspflicht.....	10
20	Dokumentation und Abschlussarbeiten.....	10
21	Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis	11
22	Keine einfache Gesellschaft	11
23	Anwendbares Recht / Gerichtsstand	11
24	Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags.....	11
24.1	Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer	11
24.2	Rahmenvertragsänderungen.....	11
24.3	Kündigung aus wichtigem Grund	11
25	Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien	13

1 Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele

Auf Grundlage der öffentlichen Ausschreibung sowie der dazugehörigen Unterlagen vom **Datum auswählen** auf der Publikationsplattform www.simap.ch hat die Firma ein Angebot zu den von der Vergabestelle nachgefragten Leistungen eingereicht. Der Firma wurde mit Publikation Nr. **Nummer eingeben** auf www.simap.ch am **Datum auswählen** der Zuschlag erteilt. Die diesbezüglichen vertraglichen Bedingungen werden in der vorliegenden Vertragsurkunde sowie den dazugehörigen Bestandteilen geregelt.

Die zu realisierenden Projekte können zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nur teilweise bestimmt werden. Infolge dieser Ausgangslage vereinbaren die Parteien einen Rahmenvertrag.

Gestützt auf den vorliegenden Rahmenvertrag werden mit Bezug auf die Realisierung einzelner Projekte jeweils Einzelverträge in Form von Dienstleistungen zwischen der Firma und der Bedarfsstelle vereinbart. Verbindliche projektbezogene Leistungen ergeben sich jeweils erst aus den Einzelverträgen; aus der vorliegenden Vereinbarung ergibt sich weder eine Bezugspflicht der Vergabestelle noch eine Leistungspflicht der Firma.

2 Vertragsgegenstand

Der vorliegende Rahmenvertrag regelt grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Parteien für die Erbringung von Leistungen im Umfeld von Qualitäts- und Risikomanagement.

Er bezweckt insbesondere die Herstellung eines koordinierten Prozesses im Rahmen der Realisierung von Einzelprojekten sowie die Harmonisierung der Abläufe mit Blick auf die bestehenden und zukünftigen Geschäftsbeziehungen.

3 Vertragsbestandteile

Die Bestimmungen der vorliegenden Vertragsurkunde gehen im Fall von Widersprüchen sämtlichen anderen Einzelverträgen und Nachträgen vor, sofern die Parteien darin nicht ausdrücklich und unter Hinweis auf eine Abweichung der vorliegenden Vertragsurkunde eine andere Regelung vorsehen.

Im Übrigen sind integrierende Bestandteile des vorliegenden Rahmenvertrages in nachstehender Rangfolge:

- a) Die vorliegende Vertragsurkunde inkl. allfälliger Nachträge dazu
- b) Die Anhänge zur vorliegenden Vertragsurkunde
- c) Die Ausschreibung sowie die dazugehörigen Unterlagen (insbesondere Pflichtenheft) für das Projekt 21098 QRM-22.
- d) Sämtliche Einzelverträge inklusive allfälliger Nachträge dazu
- e) Sämtliche Anhänge zu den Einzelverträgen inklusive allfälliger Nachträge dazu
- f) Es kommen die aufgrund der im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten Leistungsgegenstände anwendbaren Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes zur Anwendung. Das heisst die AGB für:
 - Informatikdienstleistungsaufträge (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2021)
- g) Das Angebot der Firma vom **Datum auswählen** sowie deren Nachofferte vom **Datum auswählen**

Im Falle von Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen gilt die vorstehend genannte Rangfolge. Bei Widersprüchen zwischen den Anhängen innerhalb derselben Hierarchiestufe gilt, dass jüngere Bestimmungen älteren Bestimmungen vorgehen.

Das Angebot der Firma darf die anderen Vertragsbestandteile nicht modifizieren, sondern dient nur der Konkretisierung von Punkten, welche in den anderen Vertragsbestandteilen nicht hinreichend geregelt sind.

Die Vertragsparteien bestätigen mit der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages, dass sie im Besitze der bereits bestehenden, obgenannten Vertragsbestandteile sind und diese auch in der genannten Rangfolge anerkennen.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma sind wegbedungen.

4 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen

Aus dem vorliegenden Rahmenvertrag entsteht für die Vergabestelle keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme irgendwelcher Leistungen (insbesondere keine Bezugspflicht beziehungsweise keine Mindestbezugspflicht oder dgl.) bei der Firma. Eine solche Pflicht entsteht ausschliesslich gestützt auf die Vereinbarung eines unter Bezugnahme und Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages zwischen den Parteien abgeschlossenen Einzelvertrages.

Der Abschluss eines gültigen und verbindlichen Einzelvertrages bedingt die Gültigkeit des vorliegenden Rahmenvertrages.

Die Beendigung des vorliegenden Rahmenvertrages führt nicht zur Beendigung eines während seiner Geltungsdauer und auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages. Die Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages gelten in diesem Falle als Bestandteil des auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages bis zu dessen Beendigung fort.

Einzelverträge werden grundsätzlich auf die Dauer der einzelnen Vorhaben abgeschlossen. Dies bedeutet, dass Einzelverträge über die Dauer des vorliegenden Rahmenvertrages hinaus vereinbart werden können, dies jedoch um maximal zwei Jahre.

5 Leistungen der Firma

5.1 Leistungsbeschreibung

Die Firma erbringt gestützt auf den jeweils zwischen der Bedarfsstelle und der Firma abgeschlossenen Einzelvertrag die darin vereinbarten Leistungen im Zusammenhang mit auftragsrechtlichen Leistungen im Umfeld von Dienstleistungen zu Qualitäts- und Risikomanagement gemäss der Ausschreibung QRM-22. Der Leistungsgegenstand ist in Ziffer 3.2 des Pflichtenhefts beschrieben.

Die Leistungen der Firma während der Rahmenvertragslaufzeit umfassen:

Grundauftrag:

Keine

Optionale Leistungen:

Leistungen im Umfeld von Dienstleistungen zu Qualitäts- und Risikomanagement.

Bestand, Inhalt und Umfang der einzelnen Leistungen der Firma unter Einschluss von Preisen, Terminen, Erfüllungsort und allenfalls weiteren Vereinbarungen ergeben sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag. Optionale Leistungen können durch die Vergabestelle ganz, teilweise oder gar nicht bezogen werden.

5.2 Prozess des Abrufverfahrens

Die Verhandlung und Vereinbarung des Einzelvertrages erfolgen gemäss dem nachstehend beschriebenen Prozess:

1. Der Bedarfsträger erstellt in jedem späteren Abruf elektronisch eine möglichst detaillierte Beschreibung der Anforderungen, welche insbesondere eine ausführliche Beschreibung der zu erreichenden Arbeitsergebnisse und -ziele und der zu erbringenden Arbeitsleistungen enthält. Es können auch sich aus den benötigten Leistungen ergebende Anforderungen an die einzusetzenden Mitarbeitenden aufgestellt werden. Der Anbieter bleibt im Übrigen aber frei, wie er die Arbeitsergebnisse und -ziele erreichen will. Der Bedarfsträger stellt diese Beschreibungen elektronisch als Angebotsanfrage den Zuschlagsempfängern zu. Die zu erbringenden Leistungen müssen entweder durch Mitarbeiter (max. 1'743 Std. pro Person/p.a.) erbracht oder als Gesamtauftrag (max. 10'000 Std. p.a.) geleistet werden. Die optionalen und/oder zwingenden Anforderungen an die Mitarbeiter bzw. an die Leistungserbringung werden erst im Abruf genauer spezifiziert.

Es kann jedoch verbundene Abrufe geben, bei welchen in einem ersten Abruf das Erstellen einer Leistung und parallel dazu in einem zweiten Abruf zur gleichen Sache ein Gutachten im Sinne einer Zweitmeinung oder eines Audits ausgeschrieben werden. Der Gewinner des ersten Abrufs ist somit von der Zuschlagserteilung für den zweiten zeitnah veröffentlichten Abruf ausgeschlossen. Solche Abhängigkeiten in der Zuschlagserteilung müssen in den zeitnah zu veröffentlichen Abrufen gleichlautend erwähnt werden.

2. Die Firma unterbreitet innert angemessener Frist elektronisch ein Angebot mit folgenden Angaben:
 - a) Angaben zur Leistungserfüllung und zum Vorgehen basierend auf dem Lastenheft und dem Kriterienkatalog im Abrufverfahren;
 - b) Einhalten der Eignungskriterien und Technischen Spezifikationen aus der WTO;
 - c) Verfügbarkeit im Rahmen der vom Bedarfsträger vorgegebenen Termin- und Kapazitätsplanung;
 - d) Stundensatz: Die Anbieter dürfen im Abrufverfahren keinen höheren Stundensatz anbieten als im Angebot der WTO offeriert.
 - e) Auflistung der für die Leistung vorgesehenen Mitarbeitenden und/oder Referenzprojekte. Die anzubietenden Mitarbeitenden können, müssen aber nicht mit den in der WTO-Ausschreibung genannten Schlüsselpersonen identisch sein.

Hinweis: Für die Angebotserstellung wird keine Vergütung geleistet.

3. Das elektronisch korrekt eingereichte und gültige Angebot wird bewertet. Der Anbieter mit der höchsten erreichten Punktzahl erhält den Auftrag. Bei gleicher Punktzahl erhält der Anbieter des zuerst eingereichten Angebots den Zuschlag (massgebend ist das Eingangsdatum des elektronisch eingereichten Angebots).
4. Muss der Gewinner der Ausschreibung aus wichtigen Gründen auf den Zuschlag verzichten, wird der Zuschlag unter den verbliebenen Teilnehmern des Abrufverfahrens neu ermittelt und das Ergebnis elektronisch allen Zuschlagsempfängern aus der WTO-Ausschreibung mitgeteilt.
5. Die unterlegenen Anbieter aus dem Abrufverfahren können beim Bedarfsträger innerhalb von 10 Tagen ein mündliches Debriefing verlangen. In begründeten Fällen können die unterlegenen Anbieter aus dem Abrufverfahren eine Überprüfung durch die Bedarfsstelle der ursprünglichen WTO-Ausschreibung mit anschliessendem mündlichen Debriefing erwirken. Das Abrufverfahren kennt keine Rechtsmittel. Entscheide der verantwortlichen Stelle der ursprünglichen WTO-Ausschreibung sind abschliessend.
6. Der Bedarfsträger erstellt den Einzelvertrag inkl. Information zur Rechnungsstellung und leitet diesen an den Auftragnehmer weiter zur Unterzeichnung. Der Beginn der Arbeiten erfolgt frühestens nach Unterzeichnung durch beide Parteien. Die Vertragsdauer des Einzelvertrages ist unabhängig von der Laufzeit des Rahmenvertrages. Sie richtet sich nach dem konkreten Vorhaben. Dies bedeutet, dass der Einzelvertrag bei Verzögerungen auch verlängert oder bei Projektänderungen angepasst werden kann.

Besonderes:

Im Einzelvertrag kann jederzeit auf weitere Dokumente verwiesen werden, insbesondere auf Normen, Vorgaben der BVerw, Spezifikationen, Pflichtenheft, Angebot, Merkblätter usw. Die auftragsspezifischen Bestimmungen ergeben sich aus der jeweiligen Einzelvereinbarung. Der Auftraggeber behält sich vor, Folgeaufträge, Weiterentwicklungen, Umsetzungsvorhaben oder Zusatzleistungen in moderatem Ausmass direkt dem ursprünglichen Auftragnehmer des Abrufs zu vergeben. Solche Zusatzaufträge im Umfang von in der Regel max. dem ursprünglichen Auftragswert können auch entstehen, wenn übergeordnete Vorhaben wie Programme oder Schlüsselprojekte zu nicht beeinflussbaren Anpassungen und Zeitverzögerungen in den untergeordneten Projekten führen. Die Verlängerung darf max. fünf Jahre betragen.

6 Qualitätssicherung

Die Leistungsgüte der Firma und der eingesetzten Mitarbeitenden wird periodisch (mindestens halbjährlich) und bezogen auf das jeweilige Projekt, für das sie tätig ist, von der Bedarfsstelle (PL oder Linie) bewertet; die Ergebnisse werden zwischen den fachlichen und kommerziellen Schlüsselpersonen der Vertragsparteien besprochen.

Relevante Faktoren bei der Beurteilung sind:

- Termintreue und Aufwandstreue
- Qualität der Lieferobjekte / Dienstleistungen
- Qualität der Mitarbeitenden
- Qualität der Angebote im Abrufverfahren
- Dokumentation der Leistungsergebnisse
- Preis-Leistungsverhältnis

Resultierend aus den Einzelbewertungen erfolgt eine Gesamtbewertung über alle Einzelbewertungen, welche die Zufriedenheit über den beobachteten Zeitraum wiedergibt. Können die Beanstandungen nicht einvernehmlich behoben werden, kann für die Bereinigung das Eskalationsverfahren genutzt werden.

7 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle

Die Bedarfsstelle hat die folgenden Mitwirkungsobliegenheiten:

Zur Verfügung Stellung der für die vertragsgemässe Leistungserbringung notwendigen Informationen, Daten oder Kontaktpersonen, sofern die Firma keinen Zugang dazu hat. Zusätzliche Mitwirkungsobliegenheiten können bei Bedarf im Einzelvertrag vereinbart werden.

8 Schlüsselpersonen

Auf Seite der Firma liegt die Gesamtverantwortung (single point of contact, SPOC) bei:

Name / Vorname	Name / Vorname eingeben
Funktion	Funktion eingeben
E-Mail	E Mail Adresse eingeben
Tel. Nr.	Tel. Nr. eingeben

Namensliste der Schlüsselperson bei der Firma

Auf Seite der Bedarfsstelle liegt die Gesamtverantwortung bei:

Name / Vorname	Name / Vorname eingeben
Funktion	Funktion eingeben
E-Mail	E Mail Adresse eingeben
Tel. Nr.	Tel. Nr. eingeben

Namensliste der Schlüsselperson bei der Bedarfsstelle

Die eingesetzten Mitarbeitenden und Schlüsselpersonen bei der Firma, ergeben sich aus dem Angebot der Firma sowie aus dem jeweiligen Einzelvertrag.

Der freiwillige Austausch von eingesetzten Schlüsselpersonen und Mitarbeitenden bei der Firma ist nur mit vorgängig eingeholter Zustimmung der Bedarfsstelle zulässig.

9 Eskalationsverfahren

Im Falle von Uneinigkeiten erfolgt die Bereinigung gemäss dem nachstehenden Eskalationsverfahren. Eskalationsstufen auf Seiten der Vergabestelle:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	Projektleiter
2	Projektauftraggeber auf Seiten der Auftraggeberin
3	Direktionsstufe

Eskalationsstufen seitens Vergabestelle

Eskalationsstufen auf Seiten der Firma:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>
2	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>
3	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>

Eskalationsstufen seitens Firma

Das Eskalationsverfahren hat keinen Einfluss auf die geltende Unterschriftenregelung. Sobald eine Einigung erzielt werden konnte, ist für allfällige Vertragsanpassungen oder rechtsverbindliche Vertragsauslegungen innert nützlicher Frist die Zustimmung der jeweils zeichnungsberechtigten Personen einzuholen.

Sollte binnen 30 Tage innerhalb einer Stufe keine Einigung erzielt werden können, so ist jede Partei berechtigt, die Meinungsdivergenz der nächsthöheren Ebene – bzw. nach dem Erreichen der höchsten Ebene, dem zuständigen Gericht – schriftlich zu unterbreiten. Dabei sind mindestens zu nennen: Inhalt der Meinungsverschiedenheit, Ursache aus Sicht der betreffenden Partei, Auswirkungen auf das Preis- und Leistungsverhältnis, Lösungsvorschlag bzw. -ansätze.

Die Parteien wenden dieses Instrument nach Treu und Glauben mit dem gemeinsamen Ziel der einvernehmlichen Bereinigung von Meinungsdivergenzen an. Jede Partei trägt dabei ihren eigenen Aufwand.

Das Eskalationsverfahren muss nicht durchlaufen werden, sofern es offensichtlich sinnlos bzw. zwecklos ist (namentlich Konkursfall der Firma, Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien tief erschüttert etc.).

10 Change Management (Leistungsänderungen)

Die Parteien können jederzeit im Rahmen der Erfüllung abgeschlossener Einzelverträge schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht die Bedarfsstelle eine Änderung, teilt die Firma innert 10 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie insbesondere auf die zu erbringenden Leistungen, die Vergütung und die Termine hat. Die Bedarfsstelle entscheidet sich innert der gleichen Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht die Firma eine Änderung, so nimmt die Bedarfsstelle den begründeten Antrag innert der gleichen Frist an oder lehnt ihn ab.

Leistungsänderungen und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum jeweiligen Einzelvertrag schriftlich festgehalten.

Dabei dürfen das Kostendach bzw. der Festpreis, welche im vorliegenden Vertrag oder im jeweiligen Einzelvertrag festgelegt wurden, nicht überschritten werden.

11 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist die nachstehend genannte Adresse der Bedarfsstelle. Abweichende Regelungen können sich aus den jeweiligen Einzelverträgen ergeben.

Schweizerische Bundeskanzlei BK, Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI, 3003 Bern

12 Termine

Soweit in den Einzelverträgen vereinbarte Termine ausdrücklich als verzugsbegründend benannt sind, gilt:

- Mit unbenutztem Verstreichen der Termine gerät die Firma ohne weiteres in Verzug, d.h. ohne dass es einer Mahnung seitens der Bedarfsstelle bedarf.
- Gerät die Firma in Verzug, schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss den Bestimmungen der gemäss Einzelvertrag anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 3).

13 Vergütung

Die Firma erbringt die Leistungen nach Massgabe der vorliegenden Vereinbarung und gestützt auf den jeweils abgeschlossenen Einzelvertrag wie folgt:

- Entweder zum Festpreis (inkl. Kalkulation der Aufwände in Stunden) oder
- nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Die anwendbaren Stundenansätze ergeben sich aus dem jeweiligen Angebot der Firma im Abrufverfahren.

Der maximale Umfang aller aus diesem Rahmenvertrag abrufbaren Leistungen ergibt sich aus der Publikation der Vergabe im Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz www.simap.ch:

Vergütung für optionale Leistungen:

CHF 20'000'000.-- (exkl. MWST)

Maximaler Stundensatz: CHF **Betrag eingeben** (exkl. MWST)

Alle Preise verstehen sich exklusive der zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung gültigen Mehrwertsteuer.

In den Preisen sind sämtliche Nebenkosten (im Besonderen Spesen, Versicherungen, Sozialversicherungskosten/-beiträge, Kommunikationskosten, Reisekosten inkl. Nachweise und Massnahmen, Unterkunft, Verpflegung etc.) enthalten und, wenn gefordert, sind diese im Rahmen des Abrufverfahrens gesondert auszuweisen.

Es gelten die folgenden Vorbehalte:

- Es besteht für die Firma kein Anspruch darauf, dass die Bedarfsstelle Leistungen bis zum Erreichen des vorgenannten maximalen Leistungsumfangs abrufen.
- Es werden nur Leistungen vergütet, welche gemäss den im Einzelvertrag getroffenen Vereinbarungen erbracht und abgenommen wurden.
- Die Bedarfsstelle behält sich vor, Leistungen aus diesem Rahmenvertrag und dazugehörigen Einzelverträgen auch zugunsten weiterer Organisationen innerhalb der Bundesverwaltung erbringen zu lassen.

Der Abruf der Leistungen erfolgt unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Kredite.

Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach:

Die Firma erstellt für alle geleisteten Arbeitsstunden einen Rapport, der von beiden Vertragspartnern visiert wird. Der Rapport nennt den genauen Zeitpunkt des Arbeitsbeginns, den Inhalt der Arbeit sowie deren Dauer. Der von der Firma unterzeichnete Arbeitsrapport hat unaufgefordert innert 10 Arbeitstagen seit Monatsende bei der Bedarfsstelle einzugehen. Zahlungen werden unter der Voraussetzung der Genehmigung der Arbeitsrapporte durch die Bedarfsstelle geleistet. Die Genehmigung der Bedarfsstelle hat dabei innert 10 Tagen seit Erhalt des Rapports zu erfolgen, sofern die Bedarfsstelle keine Vorbehalte gegen den Rapport anbringt. Allfällige Vorbehalte sind der Firma ebenfalls innert 10 Arbeitstagen seit Erhalt des Rapports schriftlich mitzuteilen.

14 Rechnungsstellung / Zahlungsplan

<http://www.e-rechnung.admin.ch/index.php>

Die Rechnungsstellung wird im Einzelvertrag definiert. Abweichende bzw. ergänzende Vereinbarung vorbehalten, gilt:

- a) Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach: Die Firma stellt monatlich Rechnung. Sie legt der E-Rechnung die jeweiligen genehmigten Rapporte im PDF-Format bei. Die Bedarfsstelle leistet die Zahlung, sofern sie die Leistungsrapporte genehmigt hat.
- b) Bei Leistungen zu einem vereinbarten Festpreis: Die Firma stellt nach Genehmigung sämtlicher Rapporte / des Schlussrapports / des Schlussberichts Rechnung.

- c) Bei Leistungen zu einem Festpreis mit Zahlungsplan: Die Firma stellt E-Rechnung für Teilzahlungen gemäss dem im Einzelvertrag definierten Zahlungsplan zu den vereinbarten Bedingungen. Zahlungen für Teilleistungen werden nur zur Zahlung fällig, sofern die dafür geltenden Voraussetzungen gemäss Einzelvertrag erfüllt sind.

15 Sozialversicherungen

Die aufgrund des vorliegenden Rahmenvertrages und gestützt darauf gemäss vereinbarten Einzelverträgen zu erbringenden Tätigkeiten / Leistungen gelten sozialversicherungsrechtlich als selbständige Erwerbstätigkeit. Die Firma ist somit selbst besorgt, die Beiträge für sich und ihre Mitarbeitenden mit ihrer AHV-Ausgleichskasse abzurechnen. Die Bedarfsstelle schuldet der Firma und deren Mitarbeitenden somit keine Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, usw.) oder anderweitige Entschädigungsleistungen, wie namentlich bei Ferien, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Tod.

Sollte die AHV-Ausgleichskasse diesen Vertrag entgegen den Erwartungen in einem späteren Zeitpunkt als unselbständige Erwerbstätigkeit qualifizieren und Sozialversicherungsbeiträge bei der Vergabestelle einfordern, verpflichtet sich die Firma, diese der Vergabestelle nachträglich gegen Rechnungsstellung innert 30 Tagen zu ersetzen.

16 Konventionalstrafen

Verletzt die Firma Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Lohngleichheit von Frau und Mann (Ziff. 5 der AGB), Termine (Ziff. 14 der AGB) oder Geheimhaltungspflichten (Ziff. 16 der AGB), schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss den genannten Ziffern der AGB für Informatikdienstleistungen.

Betreffend die Integritätsklausel wird auf nachstehende Ziff. 19.1 des Rahmenvertrages verwiesen.

17 Schutzrechte

Alle bei der Vertragserfüllung entstandenen Schutzrechte gehören der Vergabestelle (Ziff. 18 und 19 der AGB für Informatikdienstleistungsaufträge [Ausgabe Oktober 2010]). Auch allfällige Eigentumsrechte an den Arbeitsergebnissen, welche die externen Mitarbeitenden im Laufe der Vertragserfüllung erzielt bzw. entwickelt oder weiterentwickelt haben, gehen ausschliesslich auf die Vergabestelle über. Solche Arbeitsergebnisse dürfen von externen Mitarbeitenden selbst oder von der Firma nicht anderweitig verwendet werden.

18 Gewährleistung und Haftung

Die Haftung für diesen Rahmenvertrag ergibt sich aus Ziff. 20 der AGB für Informatikdienstleistungsaufträge.

Die Haftung und Gewährleistung aus dem Einzelvertrag ergeben sich aus den Bestimmungen der im Einzelfall anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 3).

19 Weitere Bestimmungen

19.1 Integritätsklausel

Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden. Bei Missachtung der Integritätsklausel hat die Firma der Vergabestelle eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10% der Vertragssumme, mindestens aber CHF 3'000.-- je Verstoß.

Die Firma nimmt zur Kenntnis, dass ein Verstoß gegen die Integritätsklausel in der Regel zu einer Auflösung des Vertrages aus wichtigen Gründen durch die Vergabestelle führt.

19.2 Selbstdeklaration

Die Firma hat mittels Selbstdeklarationsformular der Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) die Einhaltung der anwendbaren Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen und der Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf Lohngleichheit bestätigt (Art. 12 BöB, SR 172.056.1; Art. 4 VöB, SR 172.056.11).

19.3 Personensicherheitsprüfung

Die Bedarfsstelle kann bei der Fachstelle PSP VBS eine Personensicherheitsprüfung anfordern. Die eingesetzten Mitarbeitenden der Firma haben sich auf erstes Verlangen der Bedarfsstelle der Überprüfung der im konkreten Fall erforderlichen Stufe gemäss der Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen (PSPV) vom 4. März 2011 (SR 120.4, im Folgenden: PSPV) zu unterziehen. Der vorliegende Vertrag kann ganz oder teilweise aufgelöst werden, wenn die Person/en nicht als unbedenklich beurteilt wird/werden (Art. 154 OR).

Die Bedarfsstelle entscheidet, ob die Firma verpflichtet wird, die betreffenden Mitarbeitenden innert 14 Tagen durch gleichwertige Personen zu ersetzen, welche den Anforderungen genügen.

Bei einer ganzen oder teilweisen Vertragsauflösung wird im Falle der Erbringung der vereinbarten vertraglichen Leistungen nach Aufwand die nachgewiesene geleistete Arbeit zu den vereinbarten Stundensätzen vergütet. Falls jedoch als Entgelt ein Festpreis vereinbart wurde, trägt die Firma das ausschliessliche Risiko, dass für ihre Mitarbeitenden keine Sicherheitserklärungen gemäss Art. 22 Abs. 1 Bst. a PSPV erlassen werden.

19.4 Subunternehmer

Subunternehmer der ersten Stufe sind zugelassen. Zieht der Anbieter zur Leistungserfüllung Subunternehmer bei, übernimmt er die Gesamtverantwortung. Der Anbieter führt alle Beteiligten mit den ihnen zugewiesenen Rollen und Aufgaben auf.

Die Firma bleibt gegenüber der Vergabestelle für das Erbringen der Leistungen und den Ersatz von Schäden durch Subunternehmer verantwortlich, wie wenn sie selbst gehandelt hätte.

19.5 Sonstige Bestimmungen

keine

19.6 Offenlegungspflicht

Die Firma hat zur Kenntnis genommen, dass die Vergabestelle auf Gesuch hin Dritten Zugang zu diesem Vertrag und allfälligen Nachträgen oder Anhängen zu gewähren hat, wenn die Vorgaben des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) erfüllt sind. Die Vergabestelle konsultiert in der Regel die Firma, wenn es die Gewährung des Zugangs in Betracht zieht, und gibt ihr Gelegenheit zur Stellungnahme innert zehn Tagen. Die Vergabestelle informiert die Firma über ihren Entscheid zum Zugangsgesuch (Artikel 11 BGÖ). Wenn die Vergabestelle gegen den Willen der Firma Dritten den Zugang zum Vertrag ganz oder teilweise zu gewähren hat, kann die Firma innert 20 Tagen nach Empfang des Entscheids der Vergabestelle dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten schriftlich einen Schlichtungsantrag stellen (Artikel 13 BGÖ).

20 Dokumentation und Abschlussarbeiten

Die Firma dokumentiert alle Leistungen in einer Granularität, die der Bedarfsstelle die bestimmungsgemässe Nutzung dieser Leistungen sowie eine Übertragung der Leistungen auf einen anderen Anbieter erlaubt.

Bei Beendigung des Rahmenvertragsverhältnisses insgesamt (insbesondere bei Kündigung) sowie bei Beendigung von Leistungen gestützt auf den jeweiligen Einzelvertrag ist der Bedarfsstelle eine andauernde und lückenlose Dokumentation der erbrachten Leistungen abzugeben. Diese Dokumentation ist immer Gegenstand der periodischen/projektbezogenen QS-Massnahmen gemäss Ziff. 6.

Die Inhalte der Dokumentation werden im jeweiligen Einzelvertrag genau festgelegt.

Auf Verlangen hat die Firma der Bedarfsstelle die Abschluss- und Übergabearbeiten 9 Monate vor Ablauf des Rahmenvertragsverhältnisses anzubieten. Diese beinhalten:

- Planung und Realisierung eines Abschluss- und Übergabe-Projekts.
- Nahtlose Übergabe der Leistungen und Lieferobjekte an mögliche, zukünftige Zuschlagsempfänger und diese mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen sowie nichts vorzukehren, was die Übertragung erschweren oder gefährden könnte.

21 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis

Die Forderungen, die der Firma aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis zustehen, dürfen ohne schriftliche Zustimmung der Vergabestelle weder abgetreten, verpfändet noch in sonst irgendeiner Weise belastet werden.

Die Firma hat alle aus diesem Rahmenvertrag und gestützt darauf in Einzelverträgen vereinbarten Rechte und Pflichten ihren allfälligen Rechtsnachfolgern zu überbinden. Eine Übertragung von Rechten und Pflichten oder von Teilen des Vertrages bzw. des gesamten Rechtsverhältnisses bedarf der schriftlichen Zustimmung der Beschaffungsstelle. Die Beschaffungsstelle wird die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern.

22 Keine einfache Gesellschaft

Die Parteien bilden in keinem Fall eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff. des Schweizerischen Obligationenrechtes (SR 220).

23 Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Auf Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (Wiener Kaufrecht, CISG, SR 0.221.211.1).

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist **Bern, Schweiz**.

24 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags

24.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer

Der vorliegende Vertrag tritt mit dessen allseitiger Unterzeichnung in Kraft.

Er ist gültig bis 31.12.2026. Das Vertragsverhältnis endet ohne Kündigung mit Ablauf dieses Datums.

24.2 Rahmenvertragsänderungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Vertragsparteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

24.3 Kündigung aus wichtigem Grund

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, vor Ablauf der festen Vertragsdauer den Rahmenvertrag und/oder die Einzelverträge bei schwerwiegender Verletzung durch die andere Partei aus wichtigem Grund mittels schriftlicher Kündigung aufzulösen. Vor der Kündigung wird die kündigungswillige Partei der anderen Partei vorgängig eine angemessene Frist setzen, innerhalb welcher sie dieselbe zu vertragskonformer Leistung auffordert.

Die Vergabestelle ist insbesondere berechtigt, den Rahmenvertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn

- über die Firma der Konkurs eröffnet wird oder sie ein Gesuch um Nachlassstundung einreicht oder in Liquidation tritt;

- die Firma die Liquidation (ausgenommen der Fall einer freiwilligen Liquidation zum Zweck der Fusion oder einer Reorganisation) erklärt;
- die Firma mit der Beschlagnahme ihres Vermögens konfrontiert wird;
- die Firma ihren vertraglichen Pflichten trotz schriftlicher Rüge und dem Setzen einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommt.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund bleiben sonstige Ansprüche der Vertragspartner, einschliesslich Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche sowie Konventionalstrafen und die Geheimhaltungspflichten, unberührt.

25 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien

Die vorliegende Vertragsurkunde wird dreifach ausgefertigt. Jede beteiligte Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Für die Beschaffungsstelle

Bundesamt für Bauten und Logistik BBL

Ort und Datum

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Für die Bedarfsstelle

Schweizerische Bundeskanzlei BK, Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI

Ort und Datum

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Für die Firma

Firmenname

Ort und Datum

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Verteiler:

Von diesem Vertrag werden drei Originale unterzeichnet und wie folgt deponiert:

Bundesamt für Bauten und Logistik BBL

Schweizerische Bundeskanzlei BK – Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI

Firma

Anhänge:

keine